



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I. 20. 30 Jahre Mauerfall – Das Grundgesetz als Garant für unsere freiheitliche Demokratie

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg,
Hessen, Mecklenburg-Vorpommern,
Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland,
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein

1. Die Justizministerinnen und Justizminister betonen, dass das Grundgesetz auch 70 Jahre nach seinem Inkrafttreten Garant für die Stabilität unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaats ist. Es ist die gemeinsame Verantwortung der staatlichen Institutionen und aller Bürgerinnen und Bürger, die bewährte Verfassungsordnung des Grundgesetzes auch gegen Anfeindungen zu erhalten, zu stärken und täglich mit neuem Leben zu erfüllen.
2. Sie begrüßen die vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Ansätze, um den Diskurs und das Bewusstsein dafür, was unsere freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie ausmacht, zu fördern und die Identifikation mit ihr zu stärken. Zugleich bekräftigen sie ihren eigenen Einsatz für die Verfassungsordnung im Dialog mit allen Beteiligten.
3. Nur ein starker Rechtsstaat ist der Garant für unsere Demokratie. Deshalb erinnern die Justizministerinnen und Justizminister anlässlich des 30. Jahrestags des Mauerfalls am 9. November 1989 an diese bewegende Zeit. Das Glück des Mauerfalls und die darauffolgende Wiedervereinigung waren historische Ereignisse, wie sie eine Nation nur selten erleben darf. Der Prozess der Wiedervereinigung ist ein Erfolg und daran war auch die Justiz in den Ländern beteiligt.
4. Der Fall der Mauer vor 30 Jahren ist den mutigen Bürgerinnen und Bürgern der DDR zu verdanken, die sich gegen ein Regime von Unfreiheit, Bevormundung und Reiseverboten zur Wehr



Schleswig-Holstein 2019
90. Konferenz der
Justizministerinnen
und Justizminister

gesetzt und dabei staatliche Repressalien in Kauf genommen haben. Der Sehnsucht nach Freiheit und demokratischer Mitbestimmung hatte der Unrechtsstaat der DDR im Herbst 1989 nichts mehr entgegenzusetzen.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen